# S 11 (2) KR 70/96

Rechtskraft

## Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Bundesrepublik Deutschland

Sozialgericht Bundessozialgericht Sachgebiet Krankenversicherung

Abteilung 3
Kategorie Urteil
Bemerkung -

Deskriptoren Künstlersozialversicherung

Abgabepflicht Hochschule Architekt

Innenarchitekt

Design

künstlerische Tätigkeit Ausbildungseinrichtung

Streitgegenstand Beschränkung

Leitsätze 1. Eine Hochschule die das Studium der

Architektur und der Innenarchitektur anbietet ist keine Ausbildungseinrichtung

für künstlerische Tätigkeiten iS der Künstlersozialversicherung selbst wenn

für einzelne Unterrichtsfächer

selbständige künstlerische Lehrkräfte herangezogen werden und die Ausbildung auch Grundlage für die spätere Ausübung

von Designertätigkeiten sein kann.

2. Die Sozialgerichte dürfen die Prüfung der Abgabepflicht eines Unternehmens zur Künstlersozialversicherung auch nicht mit Einverständnis der Beteiligten auf

bestimmte gesetzliche

Abgabetatbestände beschränken wenn noch andere Tatbestände in Betracht kommen die zur Abgabepflicht führen.

KSVG § 24 Abs 1 S 1 Nr 9

SGG § 103 SGG § 123

Normenkette

#### 1. Instanz

Aktenzeichen S 11 (2) KR 70/96

Datum 13.07.2001

#### 2. Instanz

Aktenzeichen L 16 KR 203/01 Datum 07.11.2002

3. Instanz

Datum 12.11.2003

Auf die Revision der Beklagten wird das Urteil des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen vom 7. November 2002 aufgehoben. Der Rechtsstreit wird zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an das Landessozialgericht zur A½ckverwiesen.

Gründe:

I

Die klagende Fachhochschule, eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, bietet in den Studiengängen Architektur und Innenarchitektur Lehrveranstaltungen ua mit den Themen Fotografie, Plastisches Gestalten, Farbgestaltung, Entwerfen, Freihandzeichnen, gebundenes Zeichnen, Design und Marketing an. Die beklagte Künstlersozialkasse stellte die Abgabepflicht der Klägerin zur Künstlersozialversicherung (KSV) ab 1. Januar 1989 fest, da die Klägerin eine Ausbildungseinrichtung für künstlerische oder publizistische Tätigkeiten iS von § 24 Abs 1 Satz 1 Nr 9 Künstlersozialversicherungsgesetz (KSVG) sei (Bescheid vom 8. März 1996 und Widerspruchsbescheid vom 3. Juli 1996).

Im Klageverfahren hat die KlĤgerin geltend gemacht, sie sei eine Ausbildungseinrichtung für technische Berufe. Die genannten Lehrveranstaltungen dienten im Rahmen der technischen StudiengĤnge Architektur und Innenarchitektur der Abrundung der Ausbildung in gestalterischer Hinsicht und spielten innerhalb der beiden StudiengĤnge nur eine geringe Rolle. Diplomingenieure (FH) der Architektur und Innenarchitektur hAxtten keine künstlerischen, sondern technische Aufgaben zu bewÃxltigen. Das Sozialgericht (SG) hat die Klage abgewiesen (Urteil vom 13. Juli 2001). Das Landessozialgericht (LSG) hat mit von ihm angeregten EinverstĤndnis der Beteiligten den Streitgegenstand auf die Abgabepflicht nach <u>§ 24 Abs 1 Satz 1 Nr 9 KSVG</u> beschrĤnkt, der Berufung der KlĤgerin stattgegeben und die angefochtenen Bescheide aufgehoben (Urteil vom 7. November 2002): Dem FĤcherkatalog der Diplomprüfungsordnung sowie den typischen Berufsaufgaben von Architekten und Innenarchitekten nach dem Landesbaukammergesetz sei zu entnehmen, dass es sich um AusbildungsgĤnge für technische Berufe handele; eine Erweiterung der Ausbildung, zB in Richtung Design, liege nicht vor.

Mit ihrer Revision rügt die Beklagte die Verletzung formellen und materiellen Rechts. Das Studium der Architektur und der Innenarchitektur befähige auch zum Beruf des Industrie-, Produkt-, Kommunikations-, Multimedia- oder Grafikdesigners; neue Tätigkeitsfelder lägen in den Bereichen Multimedia, Gestaltung, Animation

und Video. Nach den von ihr, der Beklagten, vorgelegten BlÄxttern zur Berufskunde und Internetinformationen der Bundesanstalt fA1/4r Arbeit entwickelten Innenarchitekten auch MA¶bel, Leuchten, Bau- und Innenausbauelemente (Entwurf bis zur Serienreife) und wirkten in der Werbung sowie der Kataloggestaltung mit. Es müsse für die Abgabepflicht genügen, dass die Ausbildung â∏ wenn sie nicht schwerpunktmäÃ∏ig darauf ausgerichtet sei â∏∏ jedenfalls auch zu einer künstlerischen TÃxtigkeit befÃxhige. Auch Volkshochschulen mit künstlerischen Lehrveranstaltungen seien abgabepflichtig; die Beurteilung sei nur nach dem Inhalt der StudienfÄxcher und nicht nach dem Ausbildungsziel zu treffen. Erst recht bestehe die Abgabepflicht ab 2001 aber wegen des neuen Studiengangs Medienproduktion. Ferner gebe die KlÄxgerin eine Hochschulzeitschrift heraus und produziere über ihr "Campusradio" Rundfunksendungen; damit betreibe die KIägerin einen Verlag iS von § 24 Abs 1 Satz 1 Nr 1 und einen Rundfunksender iS von <u>§ 24 Abs 1 Satz 1 Nr 4 KSVG</u>. SchlieÃ∏lich betreibe die Klägerin mit illustrierten BroschA¼ren und Internetangeboten Werbung fA¼r eigene Zwecke iS des <u>§ 24 Abs 1 Satz 2 KSVG</u>. Hilfsweise bestehe eine Abgabepflicht nach <u>§ 24 Abs</u> 2 KSVG, weil die KlAzgerin nicht nur gelegentlich kA¼nstlerische Leistungen in Anspruch nehme, um damit Einnahmen zu erzielen. Auch wenn keine Studiengebühren erhoben würden, reiche die Einnahme von Haushaltsmitteln aus. Das LSG habe verfahrensfehlerhaft eine umfassende ̸berprüfung der Abgabepflicht unterlassen; das EinverstĤndnis der Beteiligten habe es davon nicht entbinden kA¶nnen.

### Die Beklagte beantragt,

das Urteil des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen vom 7. November 2002 abzuändern und die Berufung der Klägerin gegen das Urteil des Sozialgerichts Detmold vom 13. Juli 2001 zurückzuweisen,

hilfsweise, das Urteil des Landessozialgerichts aufzuheben und die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an das Landessozialgericht zurĽckzuverweisen.

Die KlĤgerin beantragt, die Revision zurļckzuweisen.

Sie ist der Ansicht, der neue Studiengang Medienproduktion sei nicht Gegenstand des Rechtsstreits, wie auch eine Reihe von anderen, von der Beklagten behaupteten AbgabetatbestĤnden. Fragen des <u>§ 24 Abs 2 KSVG</u> seien rechtswirksam auÄ∏er Streit gestellt worden. Jedenfalls seien Haushaltsmittel keine Einnahmen iS dieser Vorschrift.

Ш

Auf die Revision der Beklagten war das angefochtene Urteil aufzuheben und die Sache an die Vorinstanz zurĽckzuverweisen. Das LSG hat zwar zu Recht entschieden, dass die Bescheide der Beklagten ľber die Abgabepflicht der KlĤgerin ab 1. Januar 1989 sich nicht auf das Betreiben einer Ausbildungseinrichtung fļr künstlerische Tätigkeiten durch die Studiengänge

Architektur und Innenarchitektur stützen lassen; das LSG hat es aber verfahrensfehlerhaft versäumt, die Abgabepflicht der Klägerin ab 1989 bis zum Schluss der mündlichen Verhandlung nach allen in Betracht kommenden gesetzlichen Bestimmungen zu prüfen und dazu entsprechende Tatsachenfeststellungen zu treffen.

Das Einverständnis der Beteiligten mit einer eingeschränkten Ã∏berprÃ⅓fung kann davon nicht entbinden, weil die Beteiligten insoweit nicht A¼ber den Streitgegenstand verfügen können. Streitgegenstand ist die Abgabepflicht der KIägerin nach dem KSVG dem Grunde nach. Im Rahmen dieses Streitgegenstandes können die Beteiligten als Ausfluss ihrer Dispositionsfreiheit zwar die Entscheidung des Gerichts auf bestimmte Zeiträume, bei organisationsmäÃ∏ig abgrenzbaren Teilbereichen eines Unternehmens auch auf einen Teilbereich beschrĤnken (BSG SozR 3-5425 § 24 Nr 10), nicht aber auf bestimmte Abgabentatbestände, da der Streitgegenstand insoweit nicht teilbar ist. Das Gericht hat den ihm unterbreiteten Lebenssachverhalt unter allen rechtlichen Gesichtspunkten zu prüfen (§ 123 Sozialgerichtsgesetz (SGG)); die Tatsacheninstanzen haben auf Grund der Untersuchungsmaxime die dabei erheblichen Tatsachen von Amts wegen zu ermitteln (§ 103 SGG). Damit soll der zwischen den Beteiligten bestehende Streit über das Bestehen einer Rechtspflicht endgültig ausgeräumt werden. Mit einer Entscheidung des Gerichts über das Fehlen eines bestimmten Abgabentatbestands wÃxre die Unsicherheit der Beteiligten über die Abgabepflicht der KlĤgerin nicht endgļltig ausgerĤumt, wenn weitere die Abgabepflicht auslĶsende TatbestĤnde in Betracht kommen. BeschrĤnkt sich das Gericht dann bewusst auf einen rechtlichen Teilaspekt und verschlieà t es sich damit weiteren rechtlichen ErwĤgungen sowie den dafļr erheblichen Tatsachenfeststellungen, begeht es einen Verfahrensfehler (BSG, Urteil vom 26. August 1994 â<sub>□</sub> 13 RJ 9/94). Dies ist von der Beklagten zutreffend gerÃ<sup>1</sup>/<sub>4</sub>gt worden, sodass offen bleiben kann, ob es sich um einen Verfahrensfehler handelt, der auch ohne Rüge von Amts wegen zu beachten wäre, weil er die grundlegenden Voraussetzungen fÃ1/4r ein der Rechtskraft fÃxhiges Sachurteil betrifft (vgl Meyer-Ladewig, SGG, 7. Aufl 2002, § 170 RdNr 4b; Reichold in Thomas/Putzo, ZPO, 25. Aufl 2003, § 557 RdNr 3 ff). Wegen dieses Verfahrensmangels war das angefochtene Urteil aufzuheben und die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an die Vorinstanz zurĽckzuverweisen, weil die bisherigen Feststellungen für eine abschlieÃ⊓ende Entscheidung nicht ausreichen (§ 170 Abs 2 SGG).

Die mit der Klage angegriffenen Bescheide der Beklagten haben die Abgabepflicht der KlĤgerin allerdings zu Unrecht auf § 24 Abs 1 Satz 1 Nr 9 KSVG (idF des Ã∏nderungsgesetzes vom 20. Dezember 1988, BGBI I, 2606) gestützt. Nach dieser Vorschrift ist mit Wirkung vom 1. Januar 1989 (Art 6 Satz 1 des Ã∏nderungsgesetzes) zur Kþnstlersozialabgabe ein Unternehmer verpflichtet, der eine Ausbildungseinrichtung für künstlerische oder publizistische Tätigkeiten betreibt. Die spätere Ã∏nderung durch das 2. Gesetz zur Ã∏nderung des KSVG und anderer Gesetze vom 13. Juni 2001 (BGBI I 1027) hat auch Fortbildungseinrichtungen dieser Art einbezogen; sie ist hier nicht von Belang. Die Klägerin ist zwar als Körperschaft des öffentlichen Rechts auch ohne

Gewinnerzielungsabsicht ein Unternehmen iS des KSVG (<u>BSGE 69, 259</u>, 262 = <u>SozR 3-5425 § 24 Nr 1</u> â $\square$  Gemeindliche Musikschule â $\square$  mwN). Sie betreibt aber keine Ausbildungseinrichtung fÃ $\frac{1}{4}$ r kÃ $\frac{1}{4}$ nstlerische oder publizistische TÃxtigkeiten.

Nach den Feststellungen des LSG sind die StudiengĤnge "Architektur" und "Innenarchitektur" der KlĤgerin nicht auf die spĤtere berufliche Ausļbung von künstlerischen TĤtigkeiten ausgerichtet. Darüber hinaus hat das LSG ausdrücklich festgestellt, dass eine Ausweitung der Zielrichtung dieser StudiengĤnge, etwa auf "künstlerisches Design" hin, nicht vorliegt.

Im Gegensatz zur Auffassung der Beklagten kommt es fýr die Abgabepflicht nach § 24 Abs 1 Satz 1 Nr 9 KSVG entscheidend auf die Zielrichtung der Ausbildung ("für künstlerische oder publizistische Tätigkeiten") an. Die Annahme der Beklagten, es genüge der bloÃ∏e künstlerische Inhalt von Lehrveranstaltungen, wenn er nur innerhalb des jeweiligen Studienganges von hinreichender Bedeutung sei, trifft nicht zu und entspricht auch nicht der bisherigen Rechtsprechung des Senats. Es ist zwar richtig, dass die Ausbildung nicht einmal auf eine späxtere berufsmäÃ∏ige künstlerische Tätigkeit gerichtet sein muss. Vielmehr genügt auch die blo̸e Ausbildung oder Fortbildung von Laien, um eine laienhafte künstlerische Tätigkeit â∏ zB Musizieren, afrikanisch-karibisches Tanzen, Eurythmie â∏ erstmalig zu ermöglichen oder zu fördern; dies kann auch im Rahmen einer Musikschule und sogar im Rahmen einer blo̸ privaten entgeltlichen Unterrichtung â∏ auch als Früherziehung für Kinder â∏ erfolgen (vgl <u>BSGE 69.</u> 259, 263 = SozR 3-5425 § 24 Nr 1; BSG SozR 3-5425 § 2 Nr 1; BSG SozR 3-5425 § 1 Nr 3 und 4). Alle Entscheidungen setzen aber voraus, dass das künstlerische Ausbildungsziel in der Bezeichnung der Einrichtung, ihrer Satzung oder zumindest in ihrem Auftreten im Rechtsverkehr zum Ausdruck kommt.

Das ergibt sich bereits aus dem Wortlaut des Gesetzes, der nicht "Ausbildungseinrichtungen mit  $k\tilde{A}\frac{1}{4}$ nstlerischen oder publizistischen Lehrveranstaltungen" lautet, sondern an dem Ausbildungsziel ankn $\tilde{A}\frac{1}{4}$ pft, n $\tilde{A}$ mlich die Erm $\tilde{A}$ glichung oder F $\tilde{A}$ rderung einer  $k\tilde{A}\frac{1}{4}$ nstlerischen oder publizistischen T $\tilde{A}$ mtigkeit, sei es professioneller oder laienhafter Art. Bei Tatbest $\tilde{A}$ mnden, die eine Abgabepflicht begr $\tilde{A}\frac{1}{4}$ nden, kommt dem Wortlaut einer Bestimmung eine h $\tilde{A}$ here Bedeutung zu als bei anderen Gesetzen, weil das Gebot der Rechtssicherheit zu beachten und au $\tilde{A}$ erhalb des Gesetzes keine neuen Abgabetatbest $\tilde{A}$ mnde geschaffen werden d $\tilde{A}\frac{1}{4}$ rfen; im Zweifel ist bei der Auslegung unbestimmter Rechtsbegriffe gegen die Abgabepflicht zu entscheiden (BSGE 74, 117 = SozR 3-5425  $\hat{A}$ § 24 Nr 4).

Aber auch eine Auslegung nach dem Zweck des Abgabentatbestands ergibt, dass es nicht schon ausreicht, wenn die Ausbildungseinrichtung selbstst $\tilde{A}$  $^{\mu}$ ndige K $\tilde{A}$  $^{\mu}$ nstler zu Unterrichtszwecken heranzieht. Das System der K $\tilde{A}$  $^{\mu}$ nstlersozialabgabe ist nicht auf eine l $\tilde{A}$  $^{\mu}$ ckenlose Erfassung aller an selbstst $\tilde{A}$  $^{\mu}$ ndige K $\tilde{A}$  $^{\mu}$ nstler gezahlten Entgelte ausgerichtet. Mit dem Katalog der abgabepflichtigen Unternehmen hat der Gesetzgeber vielmehr nur diejenigen Kreise erfassen wollen, die typischerweise K $\tilde{A}$  $^{\mu}$ nstler f $\tilde{A}$  $^{\mu}$ r ihre Zwecke in Anspruch nehmen. Die enumerativ aufgez $\tilde{A}$  $^{\mu}$ hlten Unternehmen werden wohl durch Auffangtatbest $\tilde{A}$  $^{\mu}$ nde erg $\tilde{A}$  $^{\mu}$ nzt, die aber

voraussetzen, das nicht nur gelegentlich AuftrĤge an Künstler erteilt werden, um deren Werke oder Leistungen für Unternehmenszwecke zu verwerten (§ 24 Abs 1 Satz 2 und § 24 Abs 2 KSVG). Der Gesetzgeber hat damit zwangsläufig in Kauf genommen, dass eine Heranziehung von Künstlern abgabenfrei bleibt, sofern sie nur gelegentlich erfolgt, selbst wenn damit Einnahmen erzielt werden. Die lückenlose Erfassung aller Unternehmen, die die Leistungen von selbstständigen Künstlern nur gelegentlich oder am Rande ihrer Unternehmenstätigkeit in Anspruch nehmen, könnte auch zu einer Ã□berforderung der Verwaltung und damit zu Ungerechtigkeiten unter dem Gesichtspunkt einer nicht flächendeckenden, ungleichmäÃ□igen Beitragserhebung fþhren.

Deswegen hat es das Bundessozialgericht (BSG) abgelehnt, auch allgemein bildende Schulen in die Abgabepflicht einzubeziehen, selbst wenn dort Unterricht zuweilen auch durch selbststĤndige Künstler erteilt wird. Bei pädagogischen Hochschulen mit umfassendem FÄxcherangebot hat es die Abgabepflicht allein deshalb bejaht, weil die Ausbildung zu Musik- und Kunstlehrern als eigenstĤndige StudiengĤnge angeboten wurden und insoweit die spĤtere LehrtĤtigkeit nach der Wertung des Gesetzgebers als künstlerische TÃxtigkeit einzuordnen war (BSG SozR 3-5425 § 24 Nr 8). Ob Volkshochschulen, an denen auch künstlerischer Unterricht erteilt wird, zu Recht zur Kýnstlersozialabgabe herangezogen werden â∏∏ wie die Beklagte vorträgt â∏∏ mag dahinstehen. Allerdings haben Volkshochschulen kein übergreifendes künstlerisches Ausbildungsziel, sondern sind im Rahmen der Erwachsenenausbildung auf bestimmte Lernerfolge in einzelnen Kursen, auch künstlerischer Art, ausgerichtet; wegen dieser â∏ zwar jeweils begrenzten â∏∏ Ausbildungsziele könnte gleichwohl insoweit von einer eigenständigen Ausbildung für eine künstlerische Tätigkeit gesprochen werden. Im Falle der KlĤgerin besteht ein solches eigenstĤndiges künstlerisches Ausbildungsziel aber nicht, weil â∏ insoweit vergleichbar einer allgemein bildenden Schule â∏ der künstlerische Unterricht nur im Rahmen eines umfassenden Ausbildungsziels erteilt wird.

Wenn die Beklagte dem entgegenhĤlt, dass insbesondere die Ausbildung zum Innenarchitekten die Basis für spätere berufliche Tätigkeiten, etwa auf den Gebieten des Industriedesigns oder des Mediendesigns, bilden kann, die nach der Rechtsprechung des BSG (BSG SozR 3-5425 § 24 Nr 21) zu den kþnstlerischen Tätigkeiten zählen, ist darauf hinzuweisen, dass dies auch fþr andere Ausbildungsgänge gilt, die dann ebenfalls in die Abgabepflicht einbezogen werden mÃ⅓ssten: So kann ein Studium etwa der Germanistik oder der Wirtschaftswissenschaften auch die Basis fþr eine spätere publizistische Tätigkeit sein. Die Eignung eines Studiums auch fþr eine spätere kþnstlerische oder publizistische Tätigkeit ist kein zur Abgrenzung der abgabepflichtigen Ausbildungseinrichtungen taugliches Kriterium, weil dann nahezu alle Ausbildungseinrichtungen mit allgemeinen oder jedenfalls nicht kþnstlerischen oder publizistischen Bildungszielen auch darunter fielen.

Ob die Klägerin seit dem Jahr 2001 durch die Aufnahme des Studienganges "Medienproduktion" den Abgabetatbestand des Betreibens einer Ausbildungseinrichtung für künstlerische oder publizistische Tätigkeiten

erfÃ⅓Ilt, lässt sich mangels tatsächlicher Feststellungen, die in der Revisionsinstanz nicht getroffen werden können, noch nicht entscheiden. Dasselbe gilt fÃ⅓r den Vortrag der Beklagten, die Klägerin betreibe einen Verlag durch die Herausgabe einer Hochschulzeitschrift, einen Rundfunksender in Form eines Campusradios sowie Werbung fÃ⅓r eigene Zwecke durch BroschÃ⅓ren und Internetseiten. Das LSG wird die zur abschlieÃ□enden Klärung der Abgabepflicht der Klägerin erforderlichen Feststellungen nachzuholen haben; dazu gehört auch die Frage, ob es sich um ein einheitliches Unternehmen handelt oder ob die Abgabepflicht auf bestimmte selbstständige Unternehmensteile zu beschränken ist, was zur Folge hätte, das vereinzelte Entgeltzahlungen an selbstständige KÃ⅓nstler in anderen Bereichen von der Abgabenfestsetzung nicht erfasst wÃ⅓rden.

Auf Grund der bisherigen Feststellungen l\tilde{A}\tilde{x}sst sich eine Abgabepflicht der KIägerin auch nicht auf § 24 Abs 2 KSVG stützen. Es steht nicht fest, ob die KIägerin Leistungen selbstständiger Kýnstler in Anspruch nimmt, um damit Einnahmen zu erzielen. Entgegen der Meinung der Beklagten reicht es dabei nicht aus, dass die Kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\)erin \(\tilde{A}^{1}\)\(\tilde{d}\)ber Haushaltsmittel verf\(\tilde{A}^{1}\)\(\tilde{q}\)t, aus denen die K\(\tilde{A}^{1}\)\(\tilde{d}\)nstler für ihre Leistungen bezahlt werden. Diese Mittel werden nicht durch Leistungen der Künstler erzielt, sondern sind erst die Voraussetzung für die Inanspruchnahme der Künstler, aus deren Leistungen die Klägerin dann womĶglich erst Einnahmen, etwa in Form von Studiengebühren, erzielt. Dazu fehlt es an Feststellungen. Soweit das BSG auf die Erzielung von Einnahmen im Zusammenhang mit der Kunstverwertung verzichtet hat und beispielsweise die Einnahme von Haushaltsmitteln hat genügen lassen, bezog sich dies allein auf das Tatbestandsmerkmal des Unternehmens iS des KSVG (vgl zB BSG SozR 3-5425 § 24 Nr 15), nicht aber auf die Abgabepflicht nach <u>§ 24 Abs 2 KSVG</u>. Im Rahmen dieses Auffangtatbestandes reicht nicht schon die Bejahung des Betriebs eines Unternehmens aus, sondern es muss die mehr als gelegentliche "Vermarktung" der Kýnstler, als ihre Inanspruchnahme zur Einnahmeerzielung, hinzutreten.

Die Kostenentscheidung beruht auf  $\frac{\hat{A}\S}{193}$  Abs 1 und 4 Satz 1 SGG in der bis zum 1. Januar 2002 geltenden und hier noch anzuwendenden Fassung, da die Klage vor diesem Tag erhoben worden ist (vgl  $\frac{\hat{A}\S}{197a}$  Abs 1 Satz 1 SGG iVm Art 17 Abs 1 Satz 2 6. SGG- $\tilde{A}$  ndG vom 17. August 2001, BGBI I, 2144; dazu ausf $\tilde{A}$  hrlich BSG vom 30. Januar 2002  $\hat{a}$  B 6 KA 12/01 R = SozR 3-2500  $\hat{A}\S$  116 Nr 24).

Erstellt am: 31.03.2004

Zuletzt verändert am: 20.12.2024